

Inhalt

1. Einleitung	13
2. Methode	17
Differenzmethode	17
Die historische Dimension	19
Staat und Organisationen	20
Die politische Kultur	23
These	24
Methodologie	24
3. Nation-building – die Entstehung zweier <i>neuer</i> skandinavischer Staaten	29
Das Paradox	29
Dänemark – ein schleppender Demokratisierungsprozess	29
Norwegen – Ein Land, zwei Kulturen	30
Dänemark – ein zäher Systemwechsel	32
Norwegen – eine evolutionäre Parlamentarisierung	33
3.1 Der dänische Liberalismus des 19. Jahrhunderts – Wurzel einer individualistischen Gesellschaftssicht mit kollektivistischer Note	34
Verlust der nationalen Identität	34
Der dänische Reformabsolutismus	35
Die einschneidende Veränderung der dänischen Sozialstruktur	38
Das landwirtschaftlich basierte dänische Produktions- und Handelsmodell	41
Grundtvigs Bedeutung für die politische Emanzipation der Unterschichten	42
Der Durchbruch des Liberalismus	44
3.2 Norwegischer <i>Planliberalismus</i> im 19. Jahrhundert – Wegbereiter des aktiven Staates	45
Kristiania den Beamten – die Landkommunen den Bauern	45
Planliberalismus	48
Die Entstehung der Industriearbeiterschaft gefährdet den »kommunalen Konsens«	50
3.3 Der Übergang zur Industriegesellschaft	51
3.3.1 Die Exportabhängigkeit der dänischen und der norwegischen Volkswirtschaft	52

3.3.1.1 Die dänische Landwirtschaft – Motor des Umbaus	53
Die Sogwirkung der Landwirtschaft	53
Der Ursprung des Gegensatzes zwischen gelernten und ungelernten Arbeitern	55
Gemeinschaftliche Interessenwahrnehmung als Gegenentwurf zu staatlicher Hilfe – ein »dänisches« Lösungsmuster?	55
3.3.1.2 Norwegen – die Impulse kommen von außen	58
Die egalitäre Gemeinschaft als wertvolles Gut	58
Die importierte Industrialisierung	59
Die Konzessionsgesetze – Ausdruck eines schichtenübergreifenden Nationalgefühls	61
3.3.2 Die Rolle des Staates in der Umstrukturierungsphase der dänischen und norwegischen Volkswirtschaft	62
Der zurückhaltende dänische Staat	62
Die »Entideologisierung« des dänischen Wirtschaftsliberalismus	63
Der „staatlich initiierte Kapitalismus“ Norwegens	64
3.4 Zwischenresümee	66
4. Die Organisation des Arbeitsmarktes	71
4.1 Organisationenbildung	71
Sozialistische »Gehversuche«	72
Die Gründung einer sozialdemokratischen Massenorganisation	73
Das »Grundgesetz« des dänischen Arbeitsmarktes	75
Die »syndikalistische Herausforderung« der etablierten dänischen Arbeiterbewegung	78
Die tiefe Verwurzelung des Berufsgewerkschaftsprinzips	79
Das Leitungsrecht der dänischen Arbeitgeber wird herausgefordert	80

4.1.2 Norwegen – eine »heterogene« Arbeiterbewegung findet zu ihrer gemeinsamen Identität	83
Die Konkurrenz zwischen Venstre und Arbeiterpartei	83
Die Gründung der norwegischen LO	84
Die »solidarischen Wurzeln« des norwegischen Arbeitgeberverbandes	86
Die norwegische Gewerkschaftsopposition	87
Die DNA auf dem Weg zur Volkspartei	90
4.2 Der Staat – zwischen Beobachter und Motor	91
4.2.1 Der dänische Staat – Zurückhaltung als oberstes Gebot	91
Die »Verrechtlichung« der dänischen Arbeitsbeziehungen	91
Der Vorstoß der dänischen Sozialdemokratie zur Einführung von Betriebsräten	100
Die staatliche Zwangsschlichtung – ein für Dänemark geeignetes Instrument?	102
Die Berücksichtigung der gesamtwirtschaftlichen Dimension	106
Die Beharrungskraft der dänischen Tarifautonomie	109
4.2.2 Der norwegische Staat – die »graue Eminenz« in den norwegischen Arbeitsbeziehungen	110
Der norwegische Staat als Impulsgeber der institutionalisierten Konfliktlösung	110
Der norwegische Staat behält das letzte Wort	111
4.3 Zwischenresümee	114
5. Der Liberalismus in der Defensive	119
5.1 Dänemark – die Kraftprobe zwischen Marktwirtschaft und staatlicher Kontrolle	120
Der „dänische administrative Korporatismus“	120
Die regeltreue Verhandlungsstrategie der D.s.F.	121
Die D.s.F. als politischer Machtfaktor	123
5.1.1 Der Staat als <i>aktiver</i> Teilnehmer	128
Das „Zuchthausgesetz“ – Ausdruck eines neuen Rollenverständnisses des Staates?	128
Der Staat stellt die Autonomie der Tarifparteien nicht grundsätzlich in Frage	131

5.1.2 Die Entdeckung der Arbeitsmarktpolitik	132
Der Beginn der »sozialdemokratischen Ära« in Dänemark	132
Die Reformunfähigkeit der D.s.F. als Ursache verstärkter staatlicher Beteiligung	133
Das Krisenmanagement der dänischen Sozialdemokratie – keine »prinzipielle« Abkehr von liberalen Denkmustern	139
Das Gesetz zum staatlichen Vermittler – staatliche Schützenhilfe für die D.s.F.	146
Die Hauptvereinbarung von 1936 – Ausdruck der Arbeitgeberförderung nach zentral geführten Tarifverhandlungen	153
Die »formale« Aufwertung der D.s.F.	154
5.2 Der norwegische Sonderweg	156
5.2.1 Die norwegische Arbeiterbewegung zwischen verbalem Radikalismus und pragmatischem Griff nach parlamentarischer Regierungsmacht	157
Die norwegischen Arbeitgeber in der Offensive	157
Die norwegische LO – „gewerkschaftlicher Legalismus“ geht über Radikalität	159
Die Verrechtlichung der Arbeitsbeziehungen setzt auch dem Staat Schranken	161
Die Organisationsreform der LO – Pragmatismus vor Prinzipientreue	162
Die »politische Spaltung« der norwegischen Arbeiterbewegung wird überwunden	166
5.2.2 Politikwechsel infolge veränderter außenpolitischer Parameter	171
Der pragmatische Kurs der LO als Vorbild für die Arbeiterpartei	171
Die norwegische Arbeiterbewegung unter zunehmendem Druck	176
Die DNA auf dem Weg zur Regierungspartei	179
5.3 Zwischenresümee	186
6. Der skandinavische Wohlfahrtsstaat – ein Paradigmenwechsel auch in den Arbeitsbeziehungen?	195
Das gemeinsame Schicksal der deutschen Besatzung	195
Sozialdemokratische Vorherrschaft mit unterschiedlichen innenpolitischen Vorzeichen	196

6.1 Dänemark – der liberale Wohlfahrtsstaat	198
6.1.1 Die Modernisierung der Arbeitsbeziehungen – die Arbeitsmarktparteien machen wieder das Spiel	198
Die dänische Sozialdemokratie – gesellschaftlicher Umbau trotz fehlender eigener Mehrheit?	198
Die gesetzliche Aufwertung des Vermittlungsvorschlags	200
Die Wiederherstellung des liberalen Marktsystems	201
Die Fortführung der „liberalistischen Industriepolitik“	203
Der halbherzige Einsatz der dänischen LO für die betriebliche Mitbestimmung	207
Die Differenzierung des Arbeitsmarktes – eine Gefahr für das »Vertretungsmonopol« der LO?	211
6.1.2 Die Ökonomische Demokratie – eine reale Alternative zum dänischen Liberalismus?	215
6.1.3 Die Rückkehr zum dänischen <i>Urzustand</i>	219
Der staatliche Vermittler – keine Partei mit eigenen Zielen	219
Der »ewige Kern« des Septembervergleichs	222
Das informelle Bündnis von Regierung, DA und LO	223
Gemeinschaftliche Koordination statt staatliche Eingriffe	226
Die Arbeitslosenversicherung als Schlüssel zum gewerkschaftlichen Erfolg	227
Die „liberalen Prinzipien“ der dänischen Arbeitsbeziehungen tragen nach wie vor	231
Hebt Druck von außen die »nationalen Gegensätze« auf?	238
Die »Entmachtung« von DA und LO	239
6.2 Norwegen – der paternalistische Wohlfahrtsstaat	244
6.2.1 Der Versuch einer <i>sozialdemokratischen Planwirtschaft</i> und die Beharrungskraft der politischen Kultur	244
Die Planungsambitionen der Arbeiterpartei – eine ernste Gefahr für die parlamentarische Demokratie?	244
Das Industriedirektorat – Prototyp der politischen Verwaltung?	248
„Indikative Planung“ an Stelle von „Zwang- und Steuerungswirtschaft“	250
Keine Regierungsvollmachten um jeden Preis	256
Der „makroökonomische Tauschhandel“	258
Die »Abschaffung« der Zwangsschlichtung – kein Signal für den Rückzug des Staates aus den Tarifverhandlungen	262

Die Zwangsschlichtung und das Kopplungsrecht als Sicherheitsnetz der korporativen Lohnfestsetzung	264
Staatliche Umverteilung schützt die »informelle Koalition« von LO, N.A.F. und Regierung	267
Der »zahnlose« Kontaktausschuss	268
Das Ende der »sozialdemokratischen Ära« – nicht das Ende des Korporatismus	269
Die „kombinierten Verhandlungen“ – Ausdruck der staatlichen Verantwortung für Vollbeschäftigung	271
Die „Kleppepakete“ – Ölboom und Lohnzurückhaltung gehen nicht zusammen	275
Die Konkurrenten der LO – Erfolg nur im Einklang mit der politischen Kultur	277
6.2.3 Die Abkehr von der <i>staatlich gesteuerten Marktwirtschaft</i> – kein Bruch mit der egalitären politischen Kultur	281
Das »Unverträglichkeit« von Vollbeschäftigung und Lohnangleichung	281
Das Scheitern der universellen Einkommenspolitik – keine Frage der politischen Prioritätensetzung	284
Die Interessengegensätze in der Arbeiterschaft vereiteln den Erfolg der universellen Einkommenspolitik	286
Die „Solidaritätsalternative“ – die große Bedeutung der Arbeitgeber für die Renaissance der Einkommenspolitik	287
6.3 Zwischenresümee	289
7. Ergebnisse	300
Ausblick	309
Literatur	311
Anhang	339